

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Feiern im Mai 2018

Die internationale Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen am 6. Mai 2018 stand unter dem Motto „Flucht und Heimat“.
Ein Bericht von Gerald Netzl.

Die nationalsozialistische Terrorherrschaft schuf in den 1930er Jahren neben politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Ursachen eine neues Kriterium der Flucht: Rassismus. Durch halb Europa zogen Flüchtlingsströme, um sich vor der Todesmaschinerie der Nazis zu retten. Von einem Tag auf den anderen wurden Familien zerrissen. Die UNO, Flüchtlingskonventionen oder NGOs existierten zu dieser Zeit nicht. „Lernen wir aus der Geschichte und nehmen wir uns ein Beispiel an den befreiten Häftlingen des KZ Mauthausen, die in ihrem Appell am 16. Mai 1945 die Werte internationaler Solidarität zum Ausdruck brachten: „... Der vieljährige Aufenthalt im Lager hat in uns das Verständnis für die Werte einer Verbrüderung der Völker vertieft ...“ so Willi Mernyi vom MKÖ in seiner Ansprache. Nicht mit dabei waren VertreterInnen der FPÖ, die auf ausdrücklichen Wunsch der Veranstalter nicht eingeladen waren, als Regierungspartei aber gerne eingeladen worden wären. Sie sind nicht abgegangen.

Um 10:00 Uhr fand die sozialdemokratische Feier mit ca. 200 TeilnehmerInnen – so stark besucht wie nie zuvor – bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek statt. Als Rednerinnen durften wir die Linzer Vbgm. Karin Hörzing und SPÖ OÖ-Vorsitzende Landesrätin Birgit Gerstorfer begrüßen. Kein Zweifel, dass dies zum starken Besuch oberösterreichischer GenossInnen beitrug. Unser

Hauptredner war SPÖ-Vorsitzender Christian Kern. Genosse Kern dankte sich für die Einladung und betonte, dass im Gedenken an die Millionen Menschen, die dem nationalsozialistischen Grauen zum Opfer gefallen sind, es unsere Verpflichtung ist, jeden Tag aufs Neue für unsere demokratischen Grundwerte und gegen jede Form des Hasses zu kämpfen. In der Anmoderation informierte Gerald Netzl, dass erst zum zweiten Mal seit Etablierung dieser (Vor-)Feier im Jahr 2001 ein amtierender SPÖ-Vorsitzender zu uns spricht. Das erste Mal war es Alfred Gusenbauer 2002. Unsere Feier endete mit der „Internationale“. Die große Befreiungsfeier, bei strahlendem Sonnenschein und entsprechender Wärme, dauerte aufgrund der vielen TeilnehmerInnen zweiein-

halb Stunden. Sie endete mit dem gemeinsamen Auszug aller TeilnehmerInnen durch das Lagertor.

Schon am 4. Mai hatten NR-Präsident Wolfgang Sobotka und BR-Präsident Gen. Reinhard Todt zur Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in die Hofburg geladen. Aufsehen erregte dabei die Rede Michael Köhlmeiers, der deutliche Worte in Richtung FPÖ sprach: „Der Begriff des ‚stichhaltigen Gerüchts‘ wird ins Wörterbuch der Niedertracht und Verleumdung kommen“, so Köhlmeier in Anspielung auf FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus gegen George Soros. Leider unerwähnt blieben medial die nicht minder deutlichen Worte von Gen. Todt, der an die Ausschal-

tung des Nationalrats im März 1933 durch Engelbert Dollfuß sowie an zwei Bundesräte erinnerte: Albrecht K. Konecny, der 1965 als StudentInnenvertreter das Gedenken an Ernst Kirchwegger mitorganisierte und an Otto Felix Kanitz, der von den Nazis 1940 in Buchenwald zu Tode gebracht wurde.

Am 8. Mai luden Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizkanzler Heinz-Christian Strache zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa. Hauptredner war Arik Brauer, der versöhnlich für die FPÖ sprach. Der Kreis der TeilnehmerInnen zu dieser Feier war deutlich kleiner als in den Jahren zuvor; es wurden weniger Personen eingeladen, nicht alle Geladenen kamen. Am Abend des 8. Mai feierten mehrere tausend Menschen mit dem Mauthausen Komitee Österreich und den Wiener Symphonikern am Heldenplatz das bereits fünfte „Fest der Freude“, bei dem unser Genosse Rudi Gelbard eine vielbeachtete Rede hielt. Ausführlich schilderte er, wie sich auch Jahrzehnte nach Kriegsende Nazis weiter organisiert hatten – oft in Gesellschaft von schlagenden Burschenschaften. Auch die geschichtsrevisionistische Zeitschrift „Aula“ hatte er dabei im Blick. Rudi Gelbard las u. a. einstige Geburtstags-Glückwünsche für das Heft von prominenten FPÖ-Politikern wie etwa Vizkanzler Strache vor. Traurig. ■



V.l.n.r.: Gerald Netzl, Christian Kern, Birgit Gerstorfer, Karin Hörzing und Samuel Puttinger



Kritik am Verfassungsschutzbericht

Der am 28. Juni verspätet präsentierte Verfassungsschutzbericht greift für Sabine Schatz, SPÖ-Sprecherin für Gedenkkultur, und Gerald Netzl, geschäftsführender Vorsitzender unseres Bundes, in seiner Rechtsextremismus-Analyse zu kurz. Schatz und Netzl sind sich einig: Die Wiedereinführung eines eigenen Rechtsextremismus-Berichts ist absolut notwendig.

Die Zahlen, die das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terror-

rismusbekämpfung für den Bereich Rechtsextremismus präsentiert, suggerieren insgesamt einen Rückgang rechtsextrem motivierter Straftaten. Das greift zu kurz, erklärt Schatz und verweist auch auf die Ergebnisse parlamentarischer Anfragen: „Der Vergleich mit dem Vorjahr allein verschleiern, dass es 2015 zu einem enormen Anstieg rechtsextremer Straftaten gekommen ist. Gegenüber dem Jahr 2014 befinden wir uns aktuell immer noch auf einem Hoch rechtsextrem und rassistisch motivierter Straftaten.“

Netzl geht davon aus, dass das FPÖ-geführte Innenministerium „wenig Interesse“ an einem tiefgehenden Rechtsextremismus-Bericht hat. „Für Innenminister Kickl, der selbst am vom BVT beobachteten rechten Kongress 2016 in Linz Stargast war, sind Berichte über rechtsextreme Vernetzung, Mobilisierung und Übergriffe unbequeme Berichte“, ist Netzl sicher.

„Herr Kickl ist vielmehr damit beschäftigt, mit seinen gezielten Provokationen und Medien-Spek-

takeln von rechtsextremen ‚Einzelfällen‘ aus den Reihen der FPÖ abzulenken“, ergänzt Schatz.

„Überall müssen wir eine Radikalisierung der Rechten beobachten. In der Sprache wie auch in Tathandlungen. Hakenkreuz-Schmierereien und Angriffe auf Flüchtlingsheime sind bittere Realität. Schade, dass vom Innenminister weder ein Benennen des Problems noch Gegenmaßnahmen bemerkbar sind und nicht sein werden“, so Schatz abschließend. ■

Aus dem Archiv

Am 24. Mai wurde Michael Ludwig im Wiener Gemeinderat zum Bürgermeister und damit Nachfolger Michael Häupls gewählt. Geboren und aufgewachsen in Wien – zunächst in der Innenstadt, dann im Gemeindebau in Floridsdorf – kennt Michael Ludwig seine Heimatstadt in all ihrer Vielfalt. Der ehemalige Bezirksrat, Bundesrat und Ge-

meinderat war zuletzt von 2007 bis 2018 Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

Michael Ludwigs besondere Leidenschaft gilt der Erwachsenen- und Volksbildung. Zur Stärkung der Demokratie gehört auch, die Menschen zu bilden und sie zu wissenden und selbstbewussten Mitgliedern der Gesellschaft zu

machen. Michael Ludwig ist von Jugend an ein bekennender aktiver Antifaschist, seit 1996 gewähltes Mitglied unseres Bundesvorstands und war zuletzt ganzjährig bei unserer Bundeskonferenz anwesend. Die Redaktion gratuliert zur Wahl zum Landesparteivorsitzenden und zum Bürgermeister und wünscht viel Erfolg! ■

Michael Ludwig hinter Rosa Jochmann bei einer Kundgebung 1984



Februar-Gedenken mit Rosa Jochmann
21. Weissel-Denkmal, 10. Februar 1984

Wir gratulieren: April bis Juni 2018

105. Geburtstag: Feingold Marko, Salzburg; **100. Geburtstag:** Bassani Anna, Bad Aussee; **98. Geburtstag:** Bock Susanne, Wien; **97. Geburtstag:** Kriz Georg, Krems/Donau; **96. Geburtstag:** Nossian Ilse Zwettl; Putz Erna, Salzburg; **95. Geburtstag:** Wessely Gertrude, Eisenstadt, Seda Erika, Taussig Henriette, Wien; **94. Geburtstag:** Focke Franz, Wien; **92. Geburtstag:** Zellner Leopold, Korneuburg; Prammer Anna, Linz; Mader Gerald, Mattersburg; Fischböck Editha, Mödling; Siczowsky Anna, Wien; **91. Geburtstag:** Buchner Alois, Braunau Am Inn; Bauer Otto, Wien; **90. Geburtstag:** Bauer Karl, Katzelsdorf; Jukl Maria, Leonding-Doppl; Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen Am Attersee; Kalauner Alwis, Wien; **85. Geburtstag:** Ussar Siegfried, Leoben; Goldmann Maria, Salzburg; Schwaiger Alfred, Scheibbs; Ulmicher Georg, St. Pölten; Blecha Karl, Hanke Erik, Wien; **80. Geburtstag:** Mark Irmgard, Imst; Pawlik Annie, Klagenfurt; Kicking Adolf, Sindl Ursula, St. Pölten; Hessel Hermann, Trausdorf/Wulka; Daxböck Walter, Wilhelmsburg; Kerschbaumer Karl, Ybbs/Donau; Androsch Hannes, Foller Adolfine, Krakowitzer Regina, Müller Danielle, Pichler-Boog Fredrique, Schober Siegfried, Titz Günther, Vandor Franz, Wien; **75. Geburtstag:** Senger Helmut, Grillenstein; Sulzbacher Peter, Kapfenberg; Konrad Matthias, Leoben; Brenner Helga, Linz; Muckenschnabel Willi, Mödling; Wögerer Bruno, Neusiedl Am See; Schicker Johanna, Niklasdorf; Schneider Franz, Scheibbs; Kleinowitz Jürgen, Schwechat; Steiner Dietrich, Trumau; Kronister Meinhard, Vösendorf; Brandstetter Katharina, Wels; Assmus Liselotte, Bauer Walter, Driemer Johann, Fink Christine, Jaritz Ernst, Juznic Peter, Kopecky Elisabeth, Kramlinger Manfred, Lehner Christine, Leitenmaier Eduard, Lettner Walter, Neumärker Erich, Rozsenich Norbert, Schierer Elfriede, Schubert Waltraud, Skalda Wilhelm, Wagenhofer Christa, Weinke Fritz, Zisch Kurt, Wien.



Goldegger Deserteure: Brigitte Höfert mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt

1943 in Goldegg, Ortschaft Weng: Sechs junge Männer beschließen, aus ihren Fronturlauben nicht mehr zur Wehrmacht zurückzukehren. Sie lehnen das sinnlose Morden in einem noch sinnloseren Krieg ab. Sie heißen Karl Rupitsch, Gustl Egger, Georg Kößner, Franz Unterkirchner, Richard Pfeiffenberger und Peter Ottino.

Monate später bricht der Terror über das beschauliche Dorf herein. Gestapo, SS und Gendarmerie durchkämmen am 2. Juli 1944 Höfe, Ställe und die angrenzenden Wälder. Die Nazi-Schergen töten 14 Menschen und verschleppen weitere 20 in Konzentrationslager.

In Erinnerung an diese Tragödie veranstaltet der „Verein der Freunde des Deserteurenkmals in Goldegg“ jährlich eine Gedenkfeier für die Opfer. Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen Salzburg unterstützt die lokalen InitiatorInnen seit Beginn. Daher war es im heurigen Jahr eine besondere Freude, die Otto-Bauer-Plakette an Brigitte Höfert verleihen zu dürfen.

Brigitte Höfert, die Tochter von Karl Rupitsch, kämpfte lange für diesen Erinnerungsort und trat damit den weitverbreiteten Widerständen im Ort entgegen. Hilfe bekam sie vom engagierten Historiker Michael Mooslechner und weite-

ren FreundInnen. Dieses „Dagegenhalten“ würdigte Landesvorsitzender Matteo Gebhart in seiner Laudatio besonders.

Die Hartnäckigkeit von Frau Höfert wurde im August 2014 belohnt: Unter großer Anteilnahme konnte ein Gedenkstein vom Bildhauer Anton Thuswaldner auf dem Gelände des Regenerations-Zentrum Goldegg verlegt werden. Seither findet jährlich rund um den 2. Juli eine Kranzniederlegung der drei Salzburger Opferverbände statt. Brigitte Höfert ist darüber hinaus in Österreich sowie im angrenzenden Ausland eine gefragte Zeitzeugin, die mit ihren Vorträgen und Interviews auf das Schicksal der Deserteure aufmerksam macht. ■



Bei der diesjährigen Gedenkfeier in Goldegg wurde Brigitte Höfert mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt. Matteo Gebhart und Peter Schattauer gratulierten für die Salzburger FreiheitskämpferInnen

Otto-Bauer-Plakette für Heinz Mang

Am 9. April wurde im Rahmen des erweiterten Landesvorstands Steiermark Heinz Mang mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Heinz Mang, geboren am 1. Juli 1930, war in seinem Berufsleben leitender Angestellter der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse. Von 1956 bis 1963 nahm er den Vorsitz des Betriebsrates ein. Von Anbeginn war Heinz Mang in der Gewerkschaftsbewegung tätig, zuerst als Jugendfunktionär, dann in führender Position in der Gewerkschaft der Privatangestellten. Nach seinem Übertritt in den Ruhestand engagierte er sich im Pensionistenverband in führender Position.

Heinz Mang betätigte sich auch als Autor. Seine Arbeiten über die Steiermärkische Gebietskrankenkasse, vor allem aber sein Buch „Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit“ sind Standardwerke in der politischen Literatur des Landes.

Landesvorsitzender Werner Anzenberger betonte in seiner Laudatio, dass Heinz Mang wie sein Freund, Franz Stern, Widerstandskämpfer gegen den Austrofaschismus, gegen den Nationalsozialismus und im spanischen Bürgerkrieg sowie erster Landesvorsitzender des Bundes in der Steiermark, im besonderen Maße gegen autoritäres und demokratiefeindliches Gedankengut angekämpft haben. ■



V.l.n.r.: Hardy Macher, Bettina Vollath, Heinz Mang, Werner Anzenberger

Credit: W. Nagelschmid

Gedenktafel für Liesinger Euthanasie-Opfer

Als erster Wiener Bezirk gedenkt Liesing der Opfer der Euthanasie im Nationalsozialismus. Am 15. Mai wurde im Zuge der offiziellen Eröffnung des Liesinger Schlossparks (Perchtoldsdorfer Straße/Haackelstraße) für sie eine Gedenktafel enthüllt. Die Tafel trägt die Namen von 140 ermordeten Menschen mit Bezug zum heutigen 23. Bezirk Liesing, die laut den Recherchen des Vereins Steine der Erinnerung in Liesing in den Jahren 1940 und 1941 ermordet wurden.

Viele dieser psychisch kranken oder behinderten Menschen lebten zuvor im sog. Versorgungshaus, einer Pflegeanstalt im Liesinger Schloss, und in anderen sozialen Einrichtungen im damaligen 25., heutigen 23. Bezirk. Die Tafel erinnert außerdem an Personen, die zuvor in Liesing wohnhaft waren, dann kurzzeitig in Anstalten außerhalb Wiens untergebracht und in Hartheim und anderen Tötungsanstalten ermordet wurden. Leider ist über die meisten Opfer nur sehr wenig bekannt. Es finden sich darunter viele ältere Menschen, aber nicht nur – ein Mädchen kam zunächst nach Gugging und wurde im Alter von 15 Jahren ermordet.

Auszug aus dem Tafeltext: „Die systematische Ermordung sogenannten ‚unwerten Lebens‘ erfolgte ab 1940 in Hartheim bei Linz und in fünf Tötungsanstalten in Deutschland. Auf Druck der Öffentlichkeit wurde die zentral gesteuerte Ermordung 1941 gestoppt, in einzelnen Anstalten wurde sie allerdings trotzdem bis 1945 weitergeführt. Insgesamt wurden etwa 200.000 Menschen ermordet.“ **WEBTIPP:** www.steine23.at ■



Die Gedenktafel zur Erinnerung an die Liesinger Euthanasie-Opfer

Goldenes Ehrenzeichen für Peter Schattauer

Kürzlich ehrten die Salzburger FreiheitskämpferInnen ihr langjähriges Mitglied Peter Schattauer mit dem Goldenen Ehrenzeichen. SPÖ-Chef Walter Steidl würdigte dabei den ehemaligen Salzburger Gemeinderat und Vorsitzenden der Salzburger Eisenbahnergewerkschaft für seine zahllosen Verdienste im Kampf gegen den Faschismus. Matteo Gebhart, Landesvorsitzender der Salzburger FreiheitskämpferInnen, beschrieb Peter Schattauer als „eine der wichtigsten Stützen des heutigen Landesverbandes“.

Peter Schattauer engagiert sich bereits seit vielen Jahren als (Vorstands-) Mitglied bei den Salzburger FreiheitskämpferInnen. So war er auch an der Neugründung des Landesverbandes im Jahr 2010 maßgeblich beteiligt. In den darauffolgenden Jahren hielt er viel beachtete Gedenkreden im ganzen Bundesland.



Walter Steidl, Peter Schattauer und Matteo Gebhart nach der Verleihung unseres Goldenen Ehrenzeichens

Besonders verdient machte sich Peter Schattauer rund um das Februargedenken. Jahre vor der öffentlichen Gedenkfeier waren es geschichtsbewusste EisenbahnerInnen wie er, die das Februargedenken im kleinen Rahmen aufrecht hielten.

Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen gratuliert sehr herzlich zu dieser Auszeichnung! ■

Trauer um Gerhard Macher

Am 5. Juli 2018 ist unser Freund Gerhard Hardy Macher verstorben. Hardy Macher war seit 1. Juni 1974 Mitglied unseres Bundes und seit Jahren stellvertretender Landesvorsitzender und Kassaverwalter in der Steiermark. Er gehörte dem Bundesvorstand an.

Sowohl in seinen Funktionen in unserem Bund als auch als Politiker der Stadt Graz und langjähriger Bezirksvorsteher hat er mit enormer Kompetenz, Fleiß und tiefer Menschlichkeit gewirkt. Ein besonderes Anliegen war Hardy Macher die antifaschistische Bildungsarbeit, vor allem auch für die Jugend, die ihn in besonderem Maße geschätzt hat. Die von ihm organisierten Reisen führte Interessierte zu den Gedenkstätten für die Opfer der autoritären und totalitären Regime des 20. Jahrhunderts: nach Dachau, Mauthausen, Flossenbürg, Sachsenhausen, Natzweiler-Struthof oder Wöllersdorf. Aber auch, wie der Landesvorsitzende Werner Anzenberger bei seiner Trauerrede betonte, zu den Monumenten und Institutionen des politischen Gegenentwurfes des modernen Europas, zu den Parlamenten in Brüssel und Straßburg, zum Gerichtshof in Luxemburg oder zum Memorial der europäischen Versöhnung in Verdun.



Hardy Macher war Träger unserer höchsten Auszeichnung, der Otto-Bauer-Plakette. Er wird uns unvergessen bleiben.

Wir werden das Andenken an Gerhard Hardy Macher hochhalten!

Ehrung für Bettina Vollath

Bei der Bundeskonferenz des Vereines im November 2017 überreichten Bundesvorsitzender Johannes Schwantner (†) und Landesvorsitzender Werner Anzenberger die Otto-Bauer-Plakette an Bettina Vollath.

Bettina Vollath war 10 Jahre lang Landesrätin in der Steiermark und für vielfältige Ressorts zuständig, unter anderem für Gesundheit und Finanzen, Bildung, Frauen und Familie.

2015 wechselte Bettina Vollath an die Spitze des Landesparlaments. Als Präsidentin gestaltet sie den Landtag im Rahmen eines besonderen Programms unter dem stimmigen Namen „Land. Haus.Gespräch.“ zu einem öffentlichen Raum, in dem kontroverielle Themen dargestellt, aufgearbeitet und diskutiert werden.

Bettina Vollath, die sich den Menschen- und Bürgerrechten besonders verpflichtet fühlt, rief einen Arbeitskreis aus ExpertInnen ins Leben, der für

eine „lebendige Erinnerungskultur“ im Hinblick auf die Grundlagen und die Opfer des Nationalsozialismus, aber auch des Austrofaschismus, sorgen soll.

So begeht nunmehr das Land Steiermark offiziell mit ihr als Repräsentantin an der Spitze den „Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust“. Junge Menschen erarbeiten in kreativen Workshops Ausstellungen zum 8. Mai, dem „Tag der Befreiung“.

Nicht zuletzt hat Bettina Vollath dafür gesorgt, dass die vielen steirischen Gedenkinitiativen zu Nationalsozialismus und Austrofaschismus in einem Register erfasst und in befruchtender Diskussion zusammengefasst werden. Ein Manifest



Werner Anzenberger, Bettina Vollath und Johannes Schwantner

gegen den Faschismus wurde erarbeitet, zu dem sich mittlerweile die meisten maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen in der Steiermark bekennen.

Werner Anzenberger betonte in seiner Laudatio, dass Bettina Vollath in ihrer Bildungsarbeit Schwerpunkte setzt, die sie für die Auszeichnung der Otto-Bauer-Plakette – die höchste Anerkennung unseres Bundes – besonders empfehle. ■



Erinnerungsarbeit vernetzen

Es ist kaum bekannt, dass unser Bund in Deutschland eine Schwesterorganisation hat, den „Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten“ (AvS). Dieser ging im Jahr 2016 aus der Fusion der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (gegründet 1948) und des Arbeitskreis der politischen Häftlinge in der SBZ/DDR hervor.

Der AvS macht es sich besonders zur Aufgabe, an die Traditionen des Widerstands gegen NS-Herrschaft und SED-Diktatur in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erinnern, um damit auch die Erfahrungen und Erkenntnisse des Widerstandes für die Politik der Gegenwart und der Zukunft fruchtbar werden zu lassen. In diesem Zusammenhang wird in der SPD und der Bevölkerung die Anerkennung des Widerstandes gefördert, um die damit verbundenen Leiden der Opfer zu festigen und dieses Erinnern als unverzichtbaren Bestandteil demokratischer Kultur zu pflegen; der Opfer von Terror und Gewaltherrschaft zu gedenken, sich für Gedenk und Erinnerungsstätten einzusetzen, ihre Errichtung und Bewahrung in würdiger Form zu fördern und die bestehenden Stätten in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Der AvS vertritt die Anliegen und Interessen der Verfolgten und Inhaftierten in Fragen der Wiedergutmachung und Rehabilitation. Hier gibt es eine Zusammenarbeit mit Organisationen, insbesondere mit dem Verein „Gegen Vergessen für Demokratie e. V.“, die sich aus demokratischer Gesinnung der Anliegen Verfolgter und des Widerstandes gegen Gewaltherrschaft annehmen und sich gegen jede Diktatur stellen. Der AvS unterstützt und fördert darüber hinaus die Sicherung und Sammlung von Dokumenten und Zeugnissen über Widerstand und Verfolgung.

Anders als bei den FreiheitskämpferInnen gab es nie eine konsequente Öffnung für nachgeborene Generationen, erst 2016 wurde ein neuer Vorstand gewählt, der die AvS stärker beleben will. Gerald Netzl berichtet über eine im März in Ham-

burg stattgefundene Tagung, bei der er unseren Bund vorgestellt hat:

Neunzehn Vorträge sollten einen Einblick in die Tätigkeit der AvS, Arbeitsmethoden und auch viele Schicksale gewähren: „Jeanette Wolff (1888-1976) – Kämpferin für Frauenrechte“, „Sozialdemokraten im KZ Neuengamme“, „Verfolgt im NS-Staat – Zum Schicksal der Familie des Reichskanzlers Hermann Müller“, „Sozialdemokratische Familien in Hamburg nach 1933“ oder Datenbankprojekt „Sozialdemokratische Biografien unter dem NS-Regime“

lauteten nur einige der interessanten Vorträge. Eine mehrfach geäußerte Erkenntnis war, dass konkrete menschliche Beispiele und Schick-

sale stärker überzeugen können als die besten Bücher. Von der Verfolgung waren bekanntlich nicht nur SpitzenfunktionärInnen betroffen, sondern viele BasisfunktionärInnen, deren Namen heute kaum noch jemand kennt. Auffallen ist, dass in Deutschland vom 30. Jänner 1933 nicht mehr als „Machtergreifung“ gesprochen wurde, sondern von „Machtübertragung“. Wenn wir von politischer Verfolgung von SozialdemokratenInnen sprechen, dann sollten wir nicht erst 1933 (1934) beginnen, sondern durchaus Schicksale in der Monarchie bis 1918 erforschen und erinnern. Ende März 2019 soll, wieder im Kurt Schumacher-Haus der SPD Hamburg, die nächste Tagung stattfinden. ■

WEBTIPP: www.avs.spd.de



Historische, antifaschistische SPD-Plakate

CREDIT: www.avs.spd.de

Führung durch Ausstellung im DÖW

Zugegeben, andere machen anderes am 20. April. Die Bezirksgruppe Liesing jedenfalls lud ihre Mitglieder zu einer Führung durch die Dauerausstellung zum Nationalsozialismus in Österreich ins DÖW in der Wipplingerstraße. Die permanente Ausstellung des DÖW dokumentiert die Vorgeschichte des Nationalsozialismus ebenso wie Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945. Sie ist die einzige Ausstellung in Österreich, die sich in dieser Breite mit der Thematik befasst. Besuch und Führung sind kostenlos und sehr zu empfehlen! Im Foyer liegen neben DÖW-Jahresberichten auch Josef Hindels „Erinnerungen eines linken Sozialisten“ zur freien Entnahme auf. ■



Sieben GenossInnen folgten der Einladung der Liesinger Bezirksgruppe zur DÖW-Führung

Antifa-Vortrag in Gänserndorf



Am 7. Juli 2018 fand im Volkshaus Gänserndorf eine überparteiliche Veranstaltung zum Thema Antifaschismus gegen Rechts statt. Die einfach erklärten Beiträge brachten den Anwesenden die Strukturen der AntifaschistInnen, aber auch die der österreichischen FaschistInnen gut verständlich an die Interessierten. Einladende Organisation war die Sozialistische Jugend. Ähnliche Veranstaltungen sollen im Herbst wieder stattfinden.

Gedenkstein erneuert

Im „Sozialdemokratischen Kämpfer“ wurde in der Vergangenheit mehrfach über die Ermordung der beiden jungen Liesinger Arbeiter Hans Fröhlich und Richard Lehmann am 15. Juli 1934 auf der Predigerstuhlwiese im Wienerwald geschrieben. Am 2. Oktober 2004 wurde unweit des Tatortes von den Bezirksgruppen Mödling und Liesing unseres Bundes ein Stein mit einer Gedenktafel enthüllt. Stein und Tafel wollen für viele WanderInnen ein Denkanstoß sein. Leider wurde die Tafel seither mehrere Male zerstört, mit Kot verunreinigt u. Ä. Genosse Eduard Giffinger ist so etwas wie der „Sisyphos des Predigerstuhls“, hat ER doch die Tafel jedes Mal repariert. Im Mai 2018 wurde die Tafel wieder instand gesetzt und wir hoffen, dass mit dem Vandalismus ein für alle Mal Schluss ist! ■



Der Gedenkstein vor und nach der Erneuerung

Berthold Viertel: Gedenkstein

Man sagt, es starben viele um das Recht.
So merkt es euch: sie sind ums Recht gestorben.
Vergesst es nicht! Sonst war ihr Sterben schlecht,
Und nur am Unrecht wären sie verdorben.

Man sagt, für Freiheit gaben sie ihr Blut -
Ein Tauschgeschäft, das sie nicht überleben.
Ihr, die ihr überlebt, merkt es euch gut:
Für Freiheit haben sie ihr Blut gegeben.

Der Zukunft opfernd ihre Gegenwart -
Und mehr hat keiner, mehr nennt keiner sein.
Die ihr es später lest, bedenkt es hart,
Denn eurer Gegenwart gilt dieser Stein.

Kranzniederlegung bei der Gedenkstätte Kreuzstadl/Rechnitz

Am südlichen Ortsrand von Rechnitz im Südburgenland erinnert eine Gedenkstätte namens „Kreuzstadl“ an die Opfer des Südostwall-Baues in der Endphase des 2. Weltkrieges.

Der wegen seines kreuzförmigen Grundrisses so genannte Kreuzstadl, damals ein Teil der Batthyány'schen Landwirtschaft, ist heute nur noch als Ruine erhalten. Auf freiem Feld in der Nähe des Gebäudes, wurden in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 ca. 180 ungarische jüdische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen von Teilnehmern eines im örtlichen Schloss Bâtthyány abgehaltenen NSDAP-Kameradschaftsfestes ermordet und verscharrt. Bis heute wird nach dem Massengrab gesucht, um die Opfer in gebührender Weise und nach jüdischer Zeremonie bestatten zu können.

Seit 1991 setzt sich die Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative (RE.F.U.G.I.U.S.) dafür ein, dass der Kreuzstadl in Rechnitz als Mahnmal erhalten bleibt. Durch eine private Spenden-Initiative war es 1993 möglich, die Ruine des Kreuzstadls zu erwerben und an den Bundesverband Israelitischer Kulturgemeinden zu übergeben. In der Zwischenzeit ist der Ort zu einem beeindruckenden Symbol des Gedenkens geworden, wo jährlich rund um den 24. März Gedenkfeiern stattfinden. Neben dem Kreuzstadl befindet sich die Gedenkstätte

mit dem Mahnmal sowie ein Informations- und Dokumentationsbereich. Die Gedenkstätte Kreuzstadl ist heute Lernort, Erinnerungsort und Begegnungsort.

Alljährlich erinnert die Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative (RE.F.U.G.I.U.S.) mit einer Tagung und einer Gedenkfeier an die Ereignisse im März 1945, so auch am Sonntag, dem 25. März 2018. Als Sprecher konnte Paul Gulda vom Verein RE.F.U.G.I.U.S. von der IKG Wien Oberrabbiner Arie Folger und Oberkantor Shmuel Barzilai, vom Verband ungarischer jüdischer Gemeinden Präsident András Heisler sowie den katholischen und den evangelischen Pfarrer von Rechnitz begrüßen. Die VertreterInnen des Landesverbandes Burgenland nahmen schon seit jeher an diesen Gedenkfeiern teil. Heuer legten wir erstmals auch einen Kranz bei der Gedenkstätte nieder. Die Opfer des Massakers beim Kreuzstadl waren ungarische Juden und JüdInnen. ■



Die gemeinsame Kranzniederlegung steht symbolisch dafür, dass wir im Auftreten gegen den Faschismus gemeinsam handeln müssen

CREDIT: RE.F.U.G.I.U.S.

Musiktheater „Opa Rebell“ in Graz



„Geschichten im Ernst“ mit Iris Stern und Nena Kiesler CREDIT: Macher

Am 20.3.2018 präsentierte die Landesorganisation Steiermark gemeinsam mit dem KZ-Verband Steiermark im Grazer Lendpavillon das Musiktheater „Opa Rebell“. Die Wiener Band „Geschichten im Ernst“ mit der Komponistin Iris Stern und die Schauspielerinnen Nena Kiesler erzählten nach Texten von Wini Hofer das Leben des Arbeiters und Widerstandskämpfers gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus Sepp Filz.

Sepp Filz stand an der Spitze der „Partisanengruppe Leoben-Donawitz“, die völlig isoliert Sabotageakte auf kriegsrelevante Infrastruktur durchführte und in den Bergen des Hochschwabs, der Eisenerzer Alpen und des Gesäuses militärisch gegen die faschistischen Okkupanten kämpfte. Filz war auch Mitbegründer der „Österreichischen Freiheitsfront“, die für die Wiedererrichtung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Österreich eintrat.

Nach einführenden Worten des Obmannes des KZ-Verbandes Heimo Halbrainer hob Landesvorsitzender Werner Anzenberger hervor, dass Sepp Filz einer der wenigen Menschen des Landes war, die den Auftrag der Moskauer Deklaration, aktiv für Österreich einzutreten, tatsächlich erfüllt habe. ■



„Karl Renner war kein Antisemit“

Im April 2018 hat Redakteur Claus Michl-Atzmüller den Historiker Siegfried Nasko zu einem Gespräch im Karl Renner-Museum in Gloggnitz getroffen.

Du kommst aus einer Grazer Arbeiterfamilie. Wie war die Haltung deiner Familie zum Nationalsozialismus?

Siegfried Nasko: Mein Vater, der beim Zoll arbeitete, war konservativ, aber meine Mutter dachte links. „Ein Arbeiter wählt sozialdemokratisch“, hatte sie immer gemeint. 1944 sind wir wegen der Bombenangriffe in das Burgenland gezogen, nach Kalch. Dort bekochte meine Mutter heimlich über mehrere Monate lang 30 kranke Juden. Die Nazis haben uns deswegen häufig bedroht. Als einmal „Kettenhunde“ auf uns zukamen, glaubten wir, es sei aus. Meine Tante wurde wegen Hitlerbeleidigung nach Dachau gebracht. Nach dem Krieg schickte uns einer dieser ehemaligen kranken Juden einen Dankesbrief.

Als du etwa 6-7 Jahre alt warst, starb Ende 1950 Karl Renner. Wie und wann bist du auf Karl Renner gestoßen?

Ich ging als Kind in die erste Volksschulklasse und ich kann mich an das Bild von Karl Renner im Klassenzimmer erinnern, zuletzt mit einer Trauerschleife.

Wie bist du Leiter des Renner-Museums in Gloggnitz geworden?

Als Renners Tochter Poldi 1977 starb, beauftragte Bruno Kreisky das österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum die nun unbewohnte Villa als Renner-Museum zu gestalten. Ich war damals wissenschaftlicher Konsulent bei Prof. Docekal, der mich ersuchte, diese Aufgabe zu übernehmen.

Was fasziniert dich an Renner?

Ich war mit seiner Sekretärin (1917–1920) sowie mit seinen drei Enkelkindern befreundet. Ich selber habe jahrelang die Auffassungen anderer Historiker weitergegeben. Doch mein letztes Buch „Zu Unrecht umstritten? Eine Wahrheitssuche“ ist ein Wendepunkt. Ich durchforstete neuerlich sämtliche Quellen und kam zu

einem Menschenbild von größtem Engagement, Fachwissen, Mitgefühl und Weitblick. Renner war unermüdlich für die Sozialdemokratie tätig. Der Staatsmann, Parlamentsexperte, Wissenschaftler, Schriftsteller und Visionär agierte permanent für sein Land und dessen Menschen.

Renner war stark engagiert im Genossenschaftswesen und Gründer der Arbeiterbank, heutige BAWAG. Wie würde Renner heute der Pleite des Konsums und den Spekulationen der BAWAG gegenüberstehen?

Der Konsum sollte den Menschen günstige Einkäufe ermöglichen. Er gründete die Arbeiterbank, um die Arbeiterschaft aus dem Korsett des Kapitalismus zu befreien. Er stand für ein solides Wirtschaften und spielte nicht mit dem Kapital der Arbeiter. Im Aufsichtsrat und Vorstand der 1990er Jahre und danach fehlten wirtschaftlich versierte Politiker, was die negativen Folgen begünstigte.

März 1933 und Februar 1934. Wie siehst du Renners Rolle?

1933 setzte er die Parteiloyalität vor den Staat. Das war ein schwerer Fehler. Diesen versuchte er mit dem Entwurf eines Staatsnotstandsgesetzes zu reparieren. Doch Dollfuß hatte seinen autoritären Weg bereits beschritten. 100 Tage war Renner im Gefängnis.

Renner sah seine Rolle in der Versorgung der Bevölkerung, unter anderem im Amt für Volksernährung. Wie ist das Konzept der „Durchstaatlichung der Wirtschaft“ zu verstehen?

Im Ersten Weltkrieg engagierte sich Renner, damit nicht nur die Soldaten an der Front, sondern auch die Menschen zu Hause versorgt werden. Renners These von der Durchstaatlichung der Wirtschaft ermöglichte regulierende Eingriffe des Staates für eine sozialistische Politik im bestehenden System. Eher behutsam war er für Sozialisierung.

Wie wäre Renners Haltung zu Trump in Bezug auf Schutzzölle und Freihandel?

Renner war ein Befürworter des Freihandels. Er trat für ein geeintes Europa, für ein Weltstaatsmodell ein und begrüßte daher Völkerbund, PAN-EUROPA und UNO.

Wie siehst du das Ja Renners zum „Anschluss“ an Hitlerdeutschland? Wie ist dieses Ja zu deuten? Wie war das Verhältnis zum Nationalsozialismus?

Renners Prinzip war es, mit jeder Staatsautorität, auch mit Tyrannen, zwecks Milderung zu verhandeln. Sein „Ja“ zum „Anschluss“ sollte die Nazis allgemein milde stimmen. Vielleicht dachte Renner dabei auch an seinen jüdischen Schwiegersohn und seine „halbjüdischen“ Enkelkinder. Dabei distanzierte er sich mutig von den Nazis und erwähnte Hitler überhaupt nicht. Einer der größten NS-Schreibtischtäter Österreichs Thomas Kozich, 1938 als NS-Vizebürgermeister beim Gespräch mit Bürgermeister Neubacher zugegen, verleumdete Renner 1972 aus persönlicher Rache. Renner bekämpfte die Nazis seit den 1920er Jahren, diese wollten ihn noch kurz vor Kriegsende 1945 töten.

Gibt es antisemitische Aussagen von Karl Renner? Wenn ja, wie lauten und in welchem Zusammenhang stehen diese?

Nein, es gibt keine bekannten und überlieferten antisemitischen Äußerlichkeiten. Renner hatte enge jüdische Verwandte und viele lebenslange jüdische Freunde.

Kooperation als Evolutionsmaxime! Weiterentwicklung durch Annäherung. Hat sich dieses Prinzip in der 2. Republik, z.B. durch die Sozialpartnerschaft, erfüllt?

Der Großkoalitionär Renner sah im Kompromiss keinen Makel, jede Annäherung ermöglicht Entspannung und Miteinander. Er war ein

Vorläufer der Sozialpartnerschaft, aber auch von Willy Brandts Entspannungspolitik.

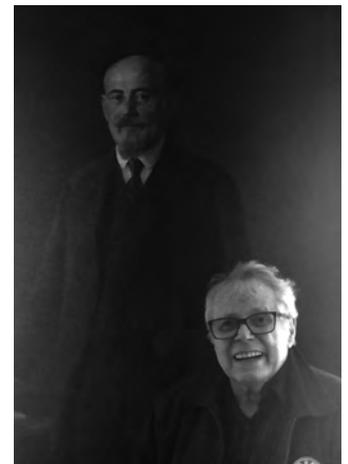
Was bleibt von Renner?

Renner engagierte sich 1900–1950 in allen fünf Systemen für ein möglichst demokratienahes Österreich und war als zweimaliger Republikgründer singulär. Genial waren 1945 seine Schachzüge gegenüber Stalin. Er war gegen jede Art physischer Gewalt. Die Arbeiterschaft sollte von Leid verschont bleiben. Der Dr.-Karl-Renner-Ring in Wien erinnert an den wohl bedeutendsten Staatsmann Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Was sind deine nächsten Projekte?

Ich arbeite an einem Beitrag über „Renner und die Gründung der Ersten Republik vor 100 Jahren“ für die Universität Hildesheim.

Ich bedanke mich für das Gespräch!



Über Sigi Nasko

Siegfried Nasko ist 1943 in eine Grazer Arbeiterfamilie hineingeboren. Der Bäckerlehrling hat vier Geschwister. Nasko ist ein profunder Kenner des Austromarxisten Karl Renner. Von 1978 bis 2015 war Nasko Leiter und Gestalter des Karl Renner-Museums in Gloggnitz. Er ist Autor einiger Bücher zu Karl Renner. Nasko war zudem von 1984 bis 2003 im St. Pöltner Gemeinderat und von 2003 bis 2005 im nö. Landtag für die SPÖ. Er studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie.



1938: Otto Bauer stirbt in Paris

2018 jährt sich der 80. Todestag eines der wohl bedeutendsten Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie: Otto Bauer.
Ein Beitrag von Claus Michl-Atzmüller.

Bauer, Sohn eines wohlhabenden jüdischen Textilindustriellen, begann 1900 sich in der sozialdemokratischen Bewegung zu engagieren. Er wurde Mitglied der sozialistischen StudentInnenbewegung und lernte noch in dieser Zeit Max Adler, Rudolf Hilferding und Karl Renner kennen. Im Jahre 1907 begründete er seine führende Stellung als Theoretiker der Sozialdemokratie mit der Untersuchung „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“.

Bauer stieg nach dem Ersten Weltkrieg zu einem wesentlichen Verfechter des Austromarxismus auf. Es entstanden bedeutende historisch-soziologische und nationalökonomische Werke, etwa „Der Weg zum Sozialismus“ (1919), „Bolschewismus oder Sozialdemokratie?“ (1920), „Die österreichische Revolution“ (1923), „Der Kampf um Wald und Weide“ (1925) und „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg“ (1931). Er war zudem maßgeblich am Linzer Programm aus dem Jahre 1926 beteiligt. Der Passus, wonach „der Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen“ sei, trug wesentlich zur Verschärfung der ideologischen Gegensätze in der Ersten Republik bei. Bruno Kreisky sprach später von einem „furchtbaren verbalen Fehler“. Für Kreisky war dies eine gefährliche Formulierung und stand im Gegensatz zu allem, was im Programm zu lesen war.



Zu seiner Zeit war Otto Bauer einer der führenden Köpfe und Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie

CREDIT: rotbewegt.at

Bauer gilt als überzeugender Theoretiker, doch als praktischer Politiker blieb er in entscheidenden Momenten – wie der Ausschaltung des Parlaments durch Dollfuß 1933 oder der „Kälte des Februar 1934“ – zögerlich und von eigentümlicher Unbestimmtheit. Bauer, ein grandioser

Redner, war überzeugter Internationalist und doch stets deutschnational, wobei sich der Deutschnationalismus auf die Tradition von 1848 bezog, republikanisch und demokratisch.

Als der Kampf um die Demokratie im Februar 1934 gegen die autoritäre

Staatsgewalt verloren war, flüchtete Bauer nach Brünn, wo er das „Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie“ (ALÖS) sowie das Weitererscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ und der Zeitschrift „Der Kampf“ organisierte. Als Reaktion auf innerparteiliche Kritik gab er zudem bekannt, keine Führungsposition mehr in der Partei („Revolutionäre Sozialisten“) übernehmen zu wollen.

Im Jahre 1938 flüchtete Bauer von Brünn nach Paris, wo es Ende März zur Zusammenlegung des Auslandsbüros mit der aus Österreich geflüchteten Führung der Revolutionären Sozialisten zur Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES) kam. Noch vor seinem Tode sprach sich Bauer für eine gesamtdeutsche Revolution (inklusive Österreich) aus. Bauer befürwortete die Anschluss-Erklärung Renners, betrachtete diese zumindest nicht für falsch.

Bauers Werk steht – mit Ausnahme des Opus Karl Renners - gigantisch über dem seiner Zeitgenossen. An der realpolitischen Bedeutung gemessen, ist jedoch Karl Renner wesentlich höher einzuschätzen. Am 4. Juli 1938 erlag Otto Bauer in Paris einem Herzinfarkt. Sein Grab befindet sich auf dem Wiener Zentralfriedhof neben jenen von Viktor und Friedrich Adler und Karl Seitz und wird jedes Jahr am 1. November beim Gedenkmarsch von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen besucht. ■

WEBTIPP: rotbewegt.at

Im Online-Lexikon der österreichischen Sozialdemokratie ist ein interessanter Text von Wolfgang Maderthaler über Otto Bauer zu finden, der an dieser Stelle auszugswise wiedergegeben wird: „Oscar Pollak eröffnete seine Rede zur Gedenkfeier des 80. Geburtstages [1961, Anm.] von Otto Bauer mit einer kleinen Episode: Er sei von einem berühmten amerikanischen Historiker gefragt worden, ob denn die Politik der

SPÖ (und damit die Geschichte der Republik) einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn Bauer 1945 noch am Leben gewesen wäre. Die Antwort lautete: Nein. Die Geschichte, der Macht der „Tatsachen“ gehorchend, wäre nicht anders verlaufen – aber verstanden hätten wir sie besser. [...] Bauers Werk steht (wenn man von seinem langjährigen innerparteilichen Gegenspieler Karl Renner absieht) gigantengleich

über dem seiner Zeitgenossen. Im Alter von zehn Jahren verfasst er, in klassischem Versmaß und als „Weihnachtsgabe“ für seine Eltern, ein Drama über Napoleons Ende. Mit 26 Jahren bekleidet der promovierte Staatswissenschaftler den Posten eines sozialdemokratischen Klubsekretärs, und steigt mit seiner Nationalitätenstudie in die erste Reihe der Theoretiker der Sozialistischen Internationale auf. In der sibirischen Kriegsgefangenschaft schreibt der Oberleutnant der k. u. k. Armee ohne jegliche Sekundärliteratur sein

wohl anspruchsvollstes Buch, „Weltbild des Kapitalismus“. Sein im Exil verfasstes Spätwerk „Zwischen zwei Weltkriegen?“ wird in den 1970er Jahren zur theoretischen Grundlage eines neu formulierten, reformistischen dritten Weges. Die Wiederkehr des Nationalen im Gefolge der Sanften Revolutionen in Mittel- und Südosteuropa in den späten 1980er Jahren löst Übersetzungen seiner Nationalitätenfrage in alle Weltsprachen und eine weltweite Debatte seiner Thesen zur nationalen Frage aus.“

Franz Jägerstätter: 75. Todestag

Von Claus Michl-Atzmüller

Am 9. August 2018 jährt sich der Todestag des oberösterreichischen Bauern und Mesner Franz Jägerstätter, der aus religiösen Gründen den Kriegsdienst verweigerte, zum 75. Mal. An diesem Tage wurde Franz Jägerstätter nach Brandenburg/Havel gebracht und hingerichtet.

Am 20. Mai 1907 erblickte Franz Jägerstätter als Franz Huber, Sohn der ledigen Bauernmagd Rosalia, in St. Radegund/OÖ, das Licht der Welt. Sein leiblicher Vater starb 1915 im Ersten Weltkrieg. Seine Mutter heiratete 1917 Heinrich Jägerstätter, der den jungen Franz adoptierte. Schon bald begann sich Franz Jägerstätter als Heranwachsender für Bücher, darunter auch religiöse Literatur zu interessieren.

Franz Jägerstätters Glaube war sehr intensiv und vertiefte sich noch weiter nach seiner Heirat mit Franziska Schwaninger im Jahre 1936. Drei gemeinsame Töchter wurden zwischen 1937 und 1940 geboren. Seine tief in der Religiosität verwurzelte Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus zeigte sich unter anderem darin, dass er an der Volksabstimmung über den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich am 10. April 1938 ursprünglich nicht teilnehmen wollte. Erst seine Frau Franziska konnte ihn zur Teilnahme überzeugen, da sie negative Konsequenzen für die Familie fürchtete. Seine Nein-Stimme war die einzige in St. Radegund. Er nahm auch keine staatlichen (Sozial-)Leistungen des nationalsozialistischen Staates in Anspruch. Am 8. Dezember 1940 wurde Jägerstätter feierlich in den Dritten Orden des Hl. Franziskus aufgenommen.

Am 17. Juni 1940 erfolgte die erste Einberufung zur Wehrmacht. Zu diesem Zeitpunkt hatte er es noch als Sünde angesehen, den staatlichen Befehlen nicht zu gehorchen. So hatte er es abgelehnt, um eine Freistellung anzusuchen, auf Intervention des Bürgermeisters konnte er jedoch auf seinen Hof zurückkehren. Anfang Oktober 1940 wurde Jägerstätter ein zweites Mal in die Wehrmacht als Kraftfahrer in der Alpenjägerskaserne in Enns einberufen. Briefe an seine Frau

zeigen, dass es ihm schwer fiel, willkürlich erteilte Befehle befolgen zu müssen. Die Kameradschaft unter Soldaten schien ihm nicht sehr groß und tiefgreifend. Erst während dieses zweiten Militärdienstes erlaubte Jägerstätter seiner Frau, sich bei der Gemeinde um ein Freistellungs-gesuch zu bemühen. Anfang April 1941 konnte er heimkehren, wobei er fest entschlossen war, kein drittes Mal mehr einzurücken.

Jägerstätter leistete im Februar 1943 einer erneuten Einberufung zunächst keine Folge. Schließlich fuhr er aber doch nach Enns und meldete sich am 1. März nach einem Tag bei Pfarrer Krenn in Enns in der Kaserne, um sofort zu erklären, dass er keinen Dienst mit der Waffe leisten würde. Am Folgetag kam er in das Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis, welches im ehemaligen Ursulinenkloster untergebracht war.

Am 4. Mai 1943 erfolgte eine überraschende Überstellung nach Berlin-Tegel. Selbst sein Pflichtverteidiger versuchte ihn von seinem

Entschluss abzubringen, doch blieb Franz Jägerstätter auch bei Gericht standhaft. Als Katholik könne er nicht mit der Waffe für den Nationalsozialismus kämpfen. Am 6. Juli 1943 verurteilte ihn das Reichskriegsgericht wegen Zersetzung der Wehrkraft zum Tode. Am 12. Juli 1943 fuhr sein Frau Franziska nach Berlin, um ihn ein letztes Mal zu sehen. Nach seiner Hinrichtung wurde seine Leiche in der Stadt Brandenburg eingäschert. Am 9. August 1946 wurde die Urne in St. Radegund beigesetzt.

Franziska Jägerstätter war noch während des Krieges und danach vielen Anfeindungen ausgesetzt. Ihr wurde eine Mitschuld am Tode ihres Mannes zugeschrieben, weil sie ihn nicht von der Wehrdienstverweigerung abhalten habe wollen, was so nicht stimmt. Franz Jägerstätter fand auch keine Anerkennung als Widerstandskämpfer, wodurch sie erst 1950 die Witwenrente nach dem österreichischen Kriegsofopferfürsorgegesetz zuerkannt bekam.

Auch die katholische Kirche tat sich anfangs schwer mit dem Fall Jägerstätter. Erst Kardinal König würdigte Jägerstätter innerhalb der Kirche. Ab 1989 wurden im



Franz Jägerstätter

CREDIT: Erna Putz / <https://www.dioezese-linz.at>

Auftrag des oberösterreichischen Bischofs Aichern Personen, die Franz Jägerstätter gekannt haben, einvernommen. 1997 wurde der Seligsprechungsprozess offiziell eröffnet und am 21. Juni 2001 auf diözesaner Ebene abgeschlossen. Der Vatikan bestätigte am 1. Juni 2007 das Martyrium. Franziska Jägerstätter und die drei gemeinsamen Töchter wohnten am 26. Oktober 2007 der Seligsprechung Franz Jägerstätters im Linzer Mariendom bei. Franziska Jägerstätter verstarb als Hundertjährige im Jahre 2013. ■

Filmtipp: „Der Fall Jägerstätter“ (1971) mit Kurt Weinzierl in der Hauptrolle.



Franz nach seiner Rückkehr aus der Steiermark. Er besitzt das erste Motorrad im Dorf. V.l: Ziehschwester Aloisia, Mutter Rosalia, Adoptivvater Heinrich Jägerstätter, Franz und Gast.

CREDIT: Erna Putz / <https://www.dioezese-linz.at>

Das Ende des Prager Frühlings

Der 21. August 1968 war kein gewöhnlicher Mittwoch in Wien. In der Früh hieß es in den Nachrichten: Truppen der Warschauer Pakt-Staaten sind gewaltsam in die Tschechoslowakei eingedrungen, hunderte russische Panzer und Flugzeuge haben das Land besetzt. Ein Beitrag von Heinz Weiss.

Die Prager Bevölkerung leistet passiven Widerstand und bietet den Eindringlingen die Stirn. Gleichzeitig haben Ungarn und die DDR die Grenzen zur ČSSR geschlossen. Später wird man in den Chroniken lesen können: Das war das Ende des Prager Frühlings – wie man die beginnende Demokratisierung und Lockerung der kommunistischen Diktatur durch Alexander Dubcek in der Tschechoslowakei allgemein nannte.

Heimkehrende tschechoslowakische UrlauberInnen, die ursprünglich nur über Ungarn nach Jugoslawien fahren konnten, wurden an der Grenze zurückgewiesen und wollten über Österreich heimreisen. Die österreichischen Behörden ließen die PKW bei Spielfeld passieren und so bewegte sich eine beachtliche Fahrzeugkolonne Richtung Wien.

Hier trafen sich bereits am Vormittag MitarbeiterInnen der Kinderfreunde und Volkshilfe zu einem Gespräch

über Hilfsmaßnahmen. Mit der Koordination wurden Heinz Weiss und Edmund Endlicher beauftragt. In aller Eile wurde das Büro der Volkshilfe in der Auerspergstraße adaptiert. Nach zwei Tagen konnte ein Gassenlokal in einer ehemaligen Bank im gleichen Haus eröffnet werden. Hier erhielten die einströmenden Touristen Essensgutscheine der WÖK (Wiener öffentliche Küche), Benzingscheine, Quartierzuweisungen und weitere Hilfestellungen. Hunderte Campingurlauber, die in ihrer Not im damaligen Überschwimmungsgebiet der Donau ihre Zelte aufgeschlagen hatten, wurden mit Hilfe der Wiener Polizei in das Gelände des Hörndwald in Hietzing geleitet, wo sie von der Volkshilfe übernommen wurden. Zahlreiche Hallen und Häuser wurden als Notquartiere eingerichtet.

Tausende Menschen konnten durch das „Aktionskomitee ČSSR-Hilfe“ betreut werden. Zahlreiche freiwillige MitarbeiterInnen vom Arbeiter-

Samariter-Bund, von den Kinderfreunden und der Volkshilfe stellten sich Tag und Nacht zur Verfügung, die Stadt Wien half bei der Versorgung, Firmen spendeten notwendige Hilfsgüter und Benzingscheine. Bürgermeister Bruno Marek und Stadträtin Maria Jacobi als Präsidentin des Wiener Roten Kreuz überzeugten sich persönlich von der Wirksamkeit der Hilfsmaßnahmen. Abschließend kann festgestellt wer-

den, dass diese Hilfsaktion für rund 50.000 Menschen aus unserem Nachbarland erfolgreich abgelaufen ist – nach drei Wochen fiel für die meisten die Entscheidung: Zahlreiche UrlauberInnen kehrten in ihre Heimat zurück, andere wieder lehnten eine Heimkehr ab, da sie Angst um ihre Zukunft hatten, und emigrierten nach Westeuropa aber auch nach Übersee.

Es sollte mehr als drei Jahrzehnte dauern, bis die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie in den kommunistischen Diktaturen des Ostblocks Wirklichkeit wurde. ■



Tausende Menschen konnten durch das „Aktionskomitee ČSSR-Hilfe“ betreut werden

CREDIT: Heinz Weiss

Für Österreichs Freiheit

Am 20. Juni 2018 feierte die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich den 70. Jahrestag ihrer Gründung. Bundesobmann Gerhard Kastelic begrüßte neben vielen Mitgliedern StS Karoline Edtstadler als Hauptrednerin, LAbg. Wolfgang Ulm, RepräsentantInnen von Partnerinstitutionen wie DÖW, Zukunftsfonds und KZ-Verband sowie von unserem Bund Ingrid Antes, Hannes Harwanegg und Gerald Netzl.



Cover der Broschüre „Für Österreichs Freiheit“ CREDIT: ÖVP-Kameradschaft

Die ÖVP-Kameradschaft präsentierte im Rahmen der Feier die Broschüre „Für Österreichs Freiheit“, die die Geschichte der Organisation darstellt, sowie die neu geschaffene Ludwig Steiner-Medaille, eine Auszeichnung für AntifaschistInnen.

Die 130-seitige Broschüre, verfasst von Ralf Siebenbürger, bietet einen umfassenden Einblick zur Organisationsgeschichte und zur österreichischen Zeitgeschichte nach 1945 und ist deshalb auch für SozialdemokratInnen interessant. Man spürt die enge Verbindung zur römisch-katholischen Kirche und – no na – zur ÖVP. Lobenswert ist die Nennung der Namen vieler ehemaliger Funktionäre, diese bildeten wie

überall das Rückgrat der Organisation, sowie die Erwähnung gemeinsamer Aktivitäten mit unserem Bund bzw. im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs.

Man erfährt, dass der Landesverband Niederösterreich 1967 eine Reise „ins KZ Buchenwald“ unternahm (S. 59), die als „ein Wagnis unter den politischen Verhältnissen jener Zeit“ angesehen werden musste. Es dürfte nicht so schlimm geworden sein wie befürchtet, denn in den Folgejahren besuchte man auch andere Gedenkstätten in der Deutschen Demokratischen Republik wie Ravensbrück und Sachsenhausen. 1999 öffnete sich die Organisation jüngeren Personen, was Bundesobmann Hubert Jurasek wie folgt begründete: „Schon seit längerer Zeit sind die beiden, mit uns in der Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeitenden aus marxistischen Lagern stammenden Organisationen (FreiheitskämpferInnen und KZ-Verband, Anm. Netzl) dazu übergegangen, ih-

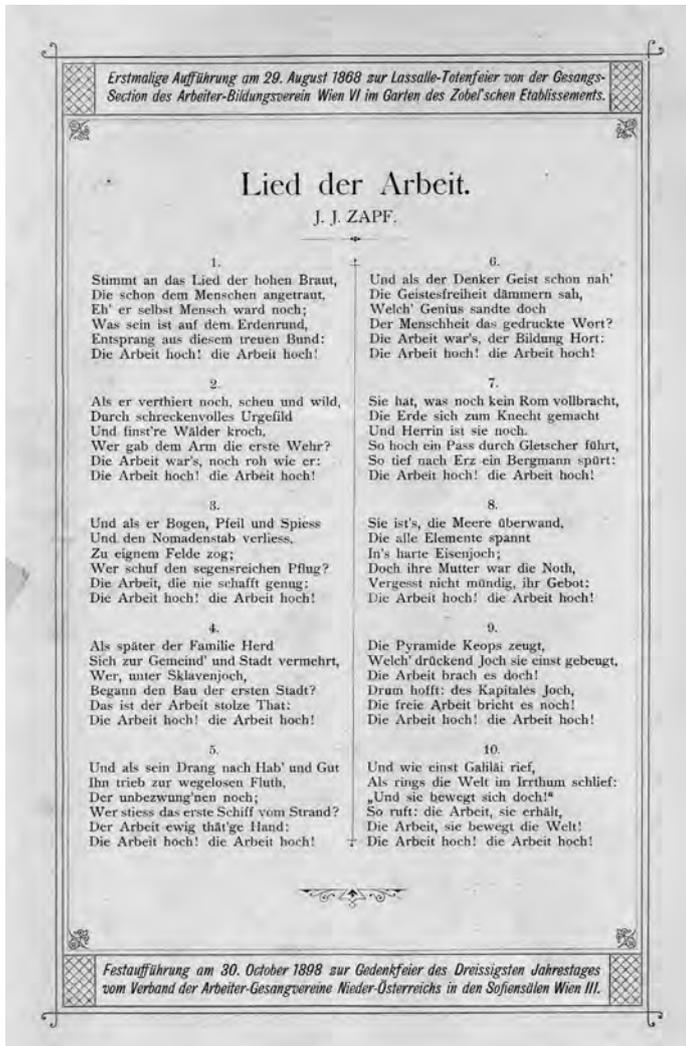
nen Nahestehende, die wegen des Alters nicht mehr Opfer der Verfolgung sein können, in ihre Organisationen voll zu integrieren. Da wir die Interessen der Opfer des Nationalsozialismus und das Gedenken an den Widerstand unserer Kameraden nicht nur den Linken überlassen wollen, hat das Kuratorium bei der Tagung in Linz eine Änderung der Statuten beschlossen, die allen uns politisch und weltanschaulich Nahestehenden der jüngeren Generation die Möglichkeit zum Beitritt und zur vollen Mitarbeit in unserer Organisation eröffnet.“ (S. 100)

Die Verehrung von Engelbert Dollfuß, in der Broschüre konsequent Dollfuss (sic!) geschrieben, durch die ÖVP-Kameradschaft kann von uns Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen wohl nie geteilt werden, ebenso eine gewisse Nähe zur Familie Habsburg. Trotzdem ist die informative und sehr flüssig geschriebene Broschüre auch unsereinem als Lektüre anempfohlen. Bestellung direkt bei der ÖVP-Kameradschaft. ■



150 Jahre „Lied der Arbeit“, 130 Jahre „Internationale“

Hartmut Krones lässt für den „Kämpfer“ die Geschichte zentraler Lieder für die ArbeiterInnenbewegung Revue passieren.



Der schön gesetzte Text des „Lied der Arbeit“ vom 30. Oktober 1898

2018 haben die Arbeitersänger, vor allem die österreichischen, zwei, eigentlich drei wichtige Jubiläen zu feiern. Am 24. Juni 1848 wurde – im Zuge der Freiheitskämpfe jenes Jahres – in Wien der „Erste Allgemeine Arbeiterverein“ gegründet, der mehrere Male bei kämpferischen Arbeiterversammlung auftrat, doch bereits nach den Oktoberkämpfen wieder verboten wurde – ebenso wie 172 (!) angeblich „linke“ Zeitungen, die lediglich Pressefreiheit und Demokratie im Sinn hatten. In der Folge konnten sich Arbeiter nur unter dem Schutzmantel bürgerlicher Fürsprecher organisieren.

Und sie taten dies – auch in musikalischer Hinsicht. So wurde am 17. Juli 1863 gemeldet, daß „der erste ‚Arbeiter-Gesangsverein‘ in Wien bewilligt [wurde]. Die Arbeiter der G. Sigl'schen Maschinenfabrik am

Schwenders „Colosseum“, bei der 3.000 Personen anwesend waren, trat auch eine Gesangssektion ein Leben, der bald viele weitere folgten.

Am 29. August 1868, einem strahlend schönen Samstag, erklang dann im Rahmen einer von diesem Arbeiterbildungsverein Gumpendorf zum Gedenken an Ferdinand Lasalle veranstalteten Feier zum ersten Mal das „Lied der Arbeit“. 4.000 Männer und Frauen waren in Zobel's „Odeogarten“ in Fünfhaus versammelt, als die 90 Mitglieder der Gesangssektion des Vereines unter ihrem „Chormeister“ Josef Scheu „Stimmt an das Lied der hohen Braut“ sangen und alle 10 Strophen des Liedes zum Besten gaben. Der Jubel war enorm, und bald wurde das Lied, dessen Text der erst 20jährige Graveureselle und Hobbydichter (und spätere Direk-

tor der Fachschule für Graveure sowie Gold- und Silberschmiede) Josef Zapf verfaßt und der 26jährige Josef Scheu vertont hatten, die „inoffizielle“ Hymne der österreichischen Arbeiterschaft, aber auch die Geburtsstunde der österreichischen Sozialdemokratie (was leider viele verdrängt haben). In den ersten Jahren danach wurde das Lied immer wieder verboten, trotzdem trat es sehr bald seinen „Siegeszug“ an, und auch in Deutschland wurde es sehr bald populär (nicht zuletzt, weil der Erstdruck in einem Dresdener Verlag vonstatten ging). Daß das Lied dann 1933 in Deutschland und 1934 erneut in Österreich verboten wurde, hat seine „Auf-erstehung“ 1945 nur beflügelt.

Das dritte Jubiläum gilt der „Internationale“, ein, wie der Name sagt, internationales Kampflied der Arbeiterbewegung. Der zunächst französische Text wurde 1871, unmittelbar nach der Niederschlagung der Pariser Kommune, von deren Mitglied Eugène Pottier verfaßt, die Melodie fügte 1888 der Belgier Pierre Degeyter bei, der Dirigent des Arbeitergesangsvereines von Lille. Das Lied galt bald als „Hymne der Arbeiterklasse“ und wurde bisweilen sogar wie eine Nationalhymne gepflegt. In der Sowjetunion war sie dies auch bis 1943, in der DDR wurde sie als mit der (von Johannes Becher gedichteten und von „unserem“ Hanns Eisler vertonten) Nationalhymne nahezu gleichberechtigt angesehen. In China war sie 1989 bei den Protesten der Studenten auf dem Tian'anmen-Platz gegen die Regierung „das“ Kampflied. – Die übliche, nur drei Strophen aufweisende deutschsprachige Version („Wacht auf, Verdammte dieser Erde“) der ursprünglich sechs Strophen, eine nicht ganz wörtliche Übersetzung, verfaßte Emil Luckhardt 1910.

Der Österreichische Arbeitersängerbund wird im Herbst eine würdige Feier zum Gedenken an diese drei wichtigen historischen Ereignisse und vor allem an die Entstehung unserer zwei wichtigsten Kampflieder veranstalten. Die Feier soll am 15. November im Magistratischen Bezirksamt für den 15. Bezirk (Gasgasse 8-10) stattfinden, das sich im Nebenhaus von Zobel's damaliger Bierhalle und „Odeogarten“ befindet. Zudem hatte in Zobel's „Odeogarten“ am Samstag, dem 20. Juni 1868 das „Gründungsconcert der Liedertafel des Arbeiter-Bildungsvereines“ stattgefunden.

Anmerkung: Der Text wurde auf ausdrücklichen Wunsch des Autors in der alten Rechtschreibung beibehalten. ■

Schluss mit dem größten Faschistentreffen Europas in Bleiburg/Kärnten

Seit Jahren treffen sich alljährlich mehr als 10.000 alte und neue Faschisten aus ganz Europa auf dem Loibacher Feld in der Gemeinde Bleiburg, um der angeblichen Ermordung von Soldaten des faschistischen Ustaša-Regimes, von Angehörigen der SS und Wehrmachtssoldaten nach der Kapitulation Nazideutschlands durch die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee zu gedenken. Ein Bericht von Ali Kohlbacher.

Im Mai 1945 flüchteten Ustaša-Einheiten nach Kärnten und stellten sich den einrückenden britischen Truppen. Die Briten übergaben die gefangenen Kroaten als „Yugoslav Nationals“ den jugoslawischen Militärbehörden. Fakt ist, dass es auf österreichischen Boden zu keinen Erschießungen gekommen ist. Einige Ustaša-Angehörige verübten Selbstmord, es wurden keine Knochen gefunden. Das „Massaker von Bleiburg“ ist ein Mythos.

Am 12. Mai 2018 fand wieder ein Treffen mit 11.000 TeilnehmerInnen statt. Rudolf Edlinger, früherer SPÖ-Finanzminister und heute Präsident des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands, nennt die Gedenkveranstaltung das „größte Faschistentreffen in Europa“.

Nach dem Überfall Jugoslawiens durch die Hitlerarmee proklamierte 1941 der kroatische Innenminister Artukovic den faschistischen „Unabhängigen Staat Kroatien“ (NDH) unter seinem Führer Ante Pavelic. Pavelic stützte sich auf die faschistisch-katholische Bewegung Ustaši (= Aufständische). Das Ustaša-Regime führte einen brutalen Rassenkrieg gegen Juden, Roma und Sinti und einen Glaubenskrieg gegen die orthodoxe serbische Bevölkerung auf kroatischen Boden.

Nach deutschem Vorbild errichtete das Ustaša-Regime Sammellager für Staatsfeinde und rassisch Unerwünschte. Das größte Konzentrationslager war Jasenovac. Jasenovac steht für die Ermordung von 750.000 Serben, 60.000 Juden und 26.000 Sinti und Roma. Im KZ Jasenovac wurden viele Opfer mit Beilen oder schweren Holzhämmern erschlagen. Es wurden Roma-Häftlinge gezwungen, ihre Mithäftlinge zu töten.

Das Nach-Tito-Kroatien hat große Probleme mit der Aufarbeitung

seiner Geschichte, insbesondere mit den Verbrechen des Ustaša-Faschismus. Das hatte und hat seinen Grund: Die kroatische katholische Kirche war und ist noch heute eine höchst politische Kirche und hat das terroristische Ustaša-Regime nicht nur gestützt, sie war auch in die Verbrechen aktiv involviert. Viele katholische Priester waren Mitglieder der Ustaša-Partei, sie stellten wichtige Kader und beteiligten sich an Mordaktionen. Mehrere Priester waren in verantwortlichen Funktionen im KZ-Jasenovac tätig und der Franziskaner Miroslav Filipovic war einer der Kommandanten des Lagers. Hohe Würdenträger der kroatischen Kirche und der Ustaša-Staat organisierten gemeinsam die zwangsweise Katholisierung der orthodoxen



CREDIT: no-ustasa.at/AK Pliberk/Bleiburg

serbischen Bevölkerung. 240.000 Personen wurden „umgetauft“. Diejenigen, die sich weigerten, wurden ermordet. Die Kirche rechtfertigte während des gesamten Krieges den faschistischen Staat als Werk Gottes.

Zurück zum skandalösen Faschistentreffen in 2018. Bereits im Vorfeld des Treffens gab es zahlreiche Proteste u.a. in Form eines Appells, die

Veranstaltung zu verbieten. Begründet wurde der Appell damit, dass bei den Treffen 2017 und 2016 NS- und Ustaša-Symbole, das Singen von Ustaša-Liedern, der Hitlergruß, Teilnehmer in Ustaša-Uniformen und bewaffnete kroatische Soldaten auf österreichischem Boden festgestellt wurden. Der Appell wurde von mehr als 20 Organisationen unterzeichnet. Wortführer des Protests ist Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser.

Mit deutlichen Worten nahm Peter Kaiser am 12. Mai 2018 zur Veranstaltung am Loibacher Feld Stellung: „Es kann und darf nicht sein, dass dort Jahr für Jahr kroatische und andere Rechtsextreme und Faschisten ihre völlig inakzeptable, abstoßende und verbotene

sche Kirche Kärntens distanzierte sich von den rechtsextremen und faschistischen Kundgebungen im Vorjahr und Paul Wuthe, Sprecher der Österreichischen Bischofskonferenz, erklärte, die Kirche hoffe, dass das diesjährige Treffen nicht so stattfinden werde wie 2017. Die Diözese Gurk habe der kroatischen Kirche konkrete Auflagen an das Treffen bekannt gegeben: Keine Fahnen, keine Abzeichen und keine Uniformen der Ustaša und keine provozierende T-Shirts vor Ort. Dazu Wuthe im ORF: „Wenn es heuer wieder so ist wie im letzten Jahr, wird der Bischof keine Erlaubnis für die Messe erteilen.“

Doch es kam, wie es kommen musste. Es gab wieder faschistische und nazistische Zeichen und Symbole und die katholische Kirche hat nun zu entscheiden, ob es 2019 zu einem Verbot der Messe kommt oder nicht. Fakt ist, dass sieben Personen nach dem Verbotsgesetz festgenommen wurden, die den Hitlergruß zeigten, sechs Kroaten sitzen in der Justizvollzugsanstalt ein und eine Slowenin wurde auf freiem Fuß angezeigt. Dazu gab es viele Verstöße gegen die kirchlichen Auflagen: das Tragen von Ustaša-Abzeichen und Fahnen, von Uniformen und Kleidungsstücken mit eindeutigen Aufdrucken sowie das Halten politischer Reden. Nach dem Ende der Veranstaltung sagte der Sprecher des Veranstalters, Ante Kutlesa, wie immer sich die Kärntner Kirche entscheidet: „Wir kommen 2019 wieder.“

ideologische Einstellung mehr oder weniger offen zur Schau tragen.“ Dass trotz des Protests die Veranstaltung genehmigt wurde, liegt an der gegebenen Rechtslage. Das Land Kärnten kann das Treffen nicht verhindern, weil die Prozession und der Gedenkgottesdienst kirchliche Veranstaltungen auf privatem Grund (Grundbesitz der Diözese Gurk) stattfindet. Aber auch die katholi-

Nun liegt es an uns FreiheitskämpferInnen, die Forderung von Landeshauptmann Peter Kaiser an die Bundespolitik zu unterstützen, ein Verbot des Faschistentreffens zu erreichen und das österreichische Verbotsgesetz auf Ustaša-Insignien auszuweiten, damit in Österreich verboten wird, was in Kroatien verboten ist: faschistische Insignien und Faschistentreffen. ■

Zerstörtes sichtbar machen: Das Projekt OT

Im November 2018 werden in Wien einheitliche, künstlerisch gestaltete Lichtzeichen an den Orten der 1938 von den Nazis und ihren Helfern zerstörten Synagogen und Bethäuser installiert. An vielen der ehemaligen Standorte gibt es heute keinen Hinweis mehr auf die tragischen Ereignisse des Novembers 1938. 80 Jahre später soll in 16 Wiener Bezirken ein bleibendes Zeichen an das Novemberpogrom erinnern.

In der Pogromnacht am 9. November 1938 wurden die fast einhun-

dert Synagogen und Betstuben in Wien vollkommen zerstört – mit Ausnahme des Stadttempels in der Seitenstettengasse. Als Beitrag zum offiziellen Gedenkjahr werden an den 25 ehemaligen Standorten von Synagogen Licht-Zeichen errichtet. Finanziert wird das Projekt von Republik Österreich, Jüdischem Museum Wien, Nationalfonds sowie KÖR, Kunst im öffentlichen Raum.

„OT“ steht in der hebräischen Sprache für das deutsche Wort Symbol oder Zeichen. Im frühen

Judentum hat es aber nicht nur diese Bedeutung, sondern ist auch ein spirituelles Merkmal der Beziehung zwischen Gott und Mensch. Das Projekt „Sternstele“ von Lukas Maria Kaufmann ist eine Skulptur in Form eines ca. 5 Meter hohen Metallmastes, der einen ineinander verflochtenen leuchtenden Davidstern trägt. Auf jeder Stele wird nicht nur die Information über die jeweilige Synagoge angebracht, sondern auch per QR Code deren virtuelle Rekonstruktion abrufbar sein. ■



Projekt OT, Visualisierung

CREDIT: Lukas Kaufmann/wien.gv.at

Gute Zeichen

Die Vermittlung der Verbrechen der Nazidiktatur in den Folterkammern der SS, des Massenmords an Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern und die Leiden der Häftlinge in den Konzentrationslagern vor allem an die Jugend war nie einfach. Diese Aufklärungsarbeit stieß häufig auf Desinteresse und auch auf Ablehnung und Widerstand. Sie wurde und wird von LehrerInnen, besonders aber von uns FreiheitskämpferInnen und den anderen Opferverbänden, von den Verfolgten, den Überlebenden der Lager und den ZeitzeugInnen geleistet. Es war und ist ein Kampf gegen das Vergessen, der nicht immer von Erfolg gekrönt ist.

Es ist daher ein großer Verdienst, dass Elena Strubakis und Christian Angerer das Buch „Gute Zeichen“ für SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen vorgelegt haben, das in leicht verständlicher Form die verbrecherischen Absichten und Methoden der Nazis an Hand der Verhältnisse im KZ Mauthausen darlegen. Vorlage ist das 2010 in deutscher Sprache erschienene Buch „Die Freiheit kam im Mai“ des griechischen Mauthausen-Häftlings Iakovos Kambanellis, das Elena Strubakis übersetzt hatte. „Gute Zeichen“ ist in Abschnitte unterteilt und zitiert zu jedem Abschnitt erschütternde Passagen aus Kambanellis Werk. Zu den Abschnittstexten werden Fragen gestellt und wichtige Informationen gegeben.

Das 86 Seiten umfassende Buch ist ein ausgezeichneter, kurzer Leitfaden für die Beschäftigung mit der NS-Zeit, für Exkursionen in die Gedenkstätte Mauthausen sowie ihre Vor- und Nachbereitung. Es spricht in gleicher Weise SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen an und ist bestens geeignet für die Vermittlung der Verhältnisse im ehemaligen KZ-Mauthausen. ■



CREDIT: ephelant

Elena Strubakis, Christian Angerer: **Gute Zeichen.**

Ephelant-Verlag, Wien, 2018, ISBN 978-3-900766-27-6, 86 Seiten, € 18,00

„Vergessen? Niemals!“

Die Ausstellung „Niemals vergessen!“, die im Wiener Künstlerhaus von September bis Dezember 1946 gezeigt wurde, zählt zu den bedeutendsten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie setzte sich als erste ihrer Art mit dem Nationalsozialismus in Österreich auseinander. „Diese Ausstellung ist eine politische Propagandaausstellung, aber im Gegensatz zu politischen Veranstaltungen des Dritten Reiches ist sie von Menschen gestaltet worden, die sich voll ihrer Verantwortung bewusst sind.“ Mit diesen Worten schloss der künstlerische Leiter, der sozialistische Grafiker und Plakatkünstler Victor Theodor Slama, eine begleitende Vortragsreihe zur Ausstellung.

Bereits in den letzten Kriegstagen, große Teile des Landes lagen in Schutt und Asche, wurde eine „Manifestation antifaschistischer Aufklärungsarbeit“ beschlossen. Angeregt von den sowjetischen Befreiern, einigten sich die Wiener Rathausparteien SPÖ, ÖVP und KPÖ auf die Verwirklichung. Bei allem Konsens gab es auch Themen, die kontroversiell beurteilt wurden. Die SPÖ wollte, die ÖVP verweigerte die Behandlung der Jahre 1934 bis 1938.

Trotzdem war die klassenkämpferische Propagandagrafik der Zwischenkriegszeit in der fast ausschließlich gezeichneten Ausstellung dominierend. So hat Slama beim Ausstellungsplakat das Motiv des roten Riesen, der mit dem Hammer Rutenbündel und Hakenkreuz zertrümmert, von alten SDAP-Plakaten der 1920er Jahre übernommen. Historisch nicht ganz korrekt, erfolgte die Befreiung vom Naziterror doch durch die alliierten Armeen, nicht durch die österreichische Arbeiterklasse.

Die Ausstellung war auch ein Versuch der „Umerziehung“ ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Dafür wurden 125.000 Briefe an Registrierte verschickt, immerhin 50.000 (von insgesamt 260.000 BesucherInnen in Wien) dürften dort gewesen sein. Die weitgehend in Vergessenheit geratene Ausstellung wurde virtuell vom Architekten Herbert Peter und Heidrun-Ulrike Wenzel für einen online-Besuch wiedererrichtet. Hat das Buch im vorderen Teil ein paar Ungenauigkeiten und unglückliche Formulierungen, ist die Website dazu sehr gelungen (www.mandelbaum.at/ver-gessen-niemals). Anschauen lohnt! ■



CREDIT: mandelbaum

Heidrun-Ulrike Wenzel: **Vergessen? Niemals! Die antifaschistische Ausstellung im Wiener Künstlerhaus von 1946.** mandelbaum Verlag - Wien, 2018, ISBN: 978385476-509-7, 212 Seiten, € 24,90

Grundstein für ein österreichisches Memorial in Maly Trostinec

1941 und 1942, während der großen Judendeportationen aus Wien, war Maly Trostinec ein kleines Dorf nahe Minsk. Heute ist die Hauptstadt Weißrusslands so gewachsen, dass Maly Trostinec zu Minsk gehört.

An keinem anderen Ort sind so viele Österreicherinnen und Österreicher jüdischer Herkunft von den Nationalsozialisten und ihren Helfern ermordet worden wie in Maly Trostinec. Knapp 10.000 waren es, die von Wien nach Minsk/Maly Trostinec deportiert worden sind. Von ihnen haben nur 15 überlebt. Am Erschießungsort erinnerte bis jetzt nichts an sie. Lediglich einige Namenstafeln des Vereins IM-MER (Initiative Malvine – Maly Trostinec

erinnern), angebracht von Waltraud Barton und den Teilnehmenden der seit 2010 stattfindenden Gedenkreisen. Das wird sich jetzt ändern.

In Anwesenheit der Präsidenten Alexander Lukaschenko (Belarus), Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Alexander Van der Bellen (Österreich) fand am 29. Juni 2018 die Eröffnungszereemonie des weißrussischen Gedenkkomplexes im Wald Blagowschtschina statt. Zuvor hatte Alexander Van der Bellen (im Beisein von Altbundespräsident Heinz Fischer) den symbolischen Grundstein für eine eigene österreichische Gedenkstätte gelegt. Dabei sagte er, dass dies einer „privaten Initiative von Österreicherinnen und Österreichern

und dem Engagement einiger weniger zu verdanken sei“ und hob „die großartige Arbeit von Waltraud Barton und ihres Vereins IM-MER“ sowie das Engagement des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus hervor.

Waltraud Barton, die mit Ihrer Initiative „nicht nur die Namen der Opfer ihrer eigenen Familie bewahrt, sondern darüber hinaus dem kollektiven Gedächtnis Österreichs einen wertvollen Dienst erwiesen“ habe, sprach der Bundespräsident seinen expliziten Dank aus. „Dass der unbeirrbar Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern die Schritte zur Umsetzung dieses Denkmals angestoßen hat, macht einmal mehr deutlich,



V.l.n.r.: Van der Bellen mit Doris Schmidauer, Waltraud Barton, Heinz Fischer und Margit Fischer
CREDIT: privat

was eine engagierte und entschlossene Zivilgesellschaft bewirken kann.“ Erst dieses Engagement habe einen Neubeginn in der österreichischen Erinnerung an die Toten von Maly Trostinec ermöglicht. Mit der Errichtung der Gedenkstätte wird auch ein Antrag der Bundeskonferenz der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen vom November 2017 umgesetzt.

Nähere Infos: www.IM-MER.at ■

Europa erleben: Krakau und Auschwitz

Die Wiener Bildungsakademie und das Renner Institut veranstalteten vom 31. Mai bis zum 3. Juni 2018 eine Bildungsfahrt nach Krakau und Auschwitz. Noch am Tag der Anreise erfolgte eine deutschsprachige Stadtführung durch Krakau, eine Stadt, welche im Süden von Polen liegt und offiziell rund 760.000 EinwohnerInnen zählt, inoffiziell aber rund eine Million.

Der Samstag-Vormittag war geprägt

von einem Besuch im Rathaus. Der Empfang war von erfrischender Ehrlichkeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass PolitikerInnen, egal auf welcher Ebene, ganz offene, die Situation nicht beschönigende, Worte finden. Probleme, wie Staus oder Energieversorgung, kamen ohne Umschweife zur Sprache, Fragen wurden konkret beantwortet. Als größtes Problem wird jedoch die Zentralisierung seitens der nationalen Regierung gesehen, die die lokale Selbstverwaltung und die budgetären

Möglichkeiten auf lokaler und regionaler Ebene massiv einschränken möchte.

Der Freitag wurde durch einen Besuch im Oskar-Schindler-Museum, in dem wir eine deutschsprachige Führung hatten, abgerundet. Schindler bewahrte etwa 1.200 Jüdinnen und Juden in seiner Fabrik vor der Vernichtung. Ihm wurde ein filmisches Denkmal in der Produktion „Schindlers Liste“ gesetzt.

Die Exkursion fand ihren Höhepunkt

mit einem Tagesausflug in das ehemalige Konzentrationslager Oświęcim. Nach dem Besuch des früheren Stammlagers (Oświęcim I) und seinen Ausstellungen in diversen Blocks fuhren wir weiter in das eigentliche Vernichtungslager Birkenau (Oświęcim II), welches in seiner Größe das Stammlager um ein Vielfaches übersteigt. Rund 90 Prozent der nach Oświęcim deportierten Menschen waren Jüdinnen und Juden, die per Bahn dorthin transportiert wurden. Selektionen auf der „Rampe“ erlangten traurige Berühmtheit. Am 27. Jänner 1945 wurde der Lagerkomplex durch die Sowjetarmee befreit. ■

Praterschlacht 1848

Die Revolution des Jahres 1848 hatte politische Gründe (Polizeistaatmethoden und Unterdrückung aller Freiheitsregungen) und wirtschaftliche Gründe, die schlechten Verhältnisse und weit verbreitete Armut. Österreich war im Vergleich zu England, Frankreich und Deutschland im 19. Jahrhundert ein rückständiges Land geworden. Arbeitslosigkeit, Teuerung und Wohnungsnot kennzeichneten die Lage der ArbeiterInnen; Rechtlosigkeit gegenüber der Grundherrschaft und bittere Not waren das Los der bäuerlichen Bevölkerung. Unter diesen

Umständen war auch die Lage des Kleinbürgertums, der Gewerbetreibenden und des Handwerks prekär.

Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme stellte die schwierigste Aufgabe nach dem vorübergehenden Sieg der Revolution im März 1848 dar. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden in Wien auch Notstandsarbeiten organisiert. Den größten Umfang hatten dabei Erdarbeiten im Prater und in der heutigen Brigittenau. Für zwölf Stunden Arbeit erhielten Männer 25, Frauen 20 und Kinder 15 Kreuzer. Ein

bescheidenes Mittagessen kostete 16 Kreuzer, ein kleines Brot sechs Kreuzer. Am 19. August wurde der ohnedies niedrige Tageslohn für die zahlreichen Frauen und Kinder unter den ErdarbeiterInnen um fünf Kreuzer gesenkt. An den folgenden Tagen demonstrierten Frauen und Männer gegen diese Kürzung, und am 21. August 1848 kam es zu einer Frauendemonstration durch die Wiener Innenstadt – die erste Frauenskundgebung in Österreich.

Als am 23. August 1848 eine weitere Demonstration durch den Prater zog griff die Nationalgarde zu den Waffen. Die ArbeiterInnen wehrten sich mit Holzprügeln und Steinen. Das traurige Resultat der

sogenannten „Praterschlacht“ waren 18 tote Arbeiter, 4 tote Soldaten und 282 Verwundete, darunter viele Frauen. Es war das erste Mal, dass in Wien Österreicher auf ÖsterreicherInnen schossen, 1911 (Hungerdemonstration in Wien, 17. September) und 1934 sollten folgen. Die Bewegung der ArbeiterInnen gegen die Lohnkürzungen bei den Notstandsarbeiten war damit niedergeworfen. Zugleich war innerhalb der revolutionären Kräfte eine Kluft zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum entstanden, die es den kaiserlichen Kräften erleichtern sollte, das revolutionäre Wien im Oktober desselben Jahres niederzuwerfen. ■



Einweihung des Jonny-Moser-Parks

In Wien ist am 22. Mai der Jonny-Moser-Park eingeweiht worden. Der gebürtige Parndorfer und ehemaliges Mitglied unseres Bundesvorstands war Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime.

Der Park liegt im 1. Bezirk in der Nähe der U-Bahn-Station Schottenring. Jonny Moser war nach dem Krieg jahrzehntelang SPÖ-Bezirksrat in der Inneren Stadt und hat u. a. das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands mitbegründet. Jonny Moser ist im Jahr 2011 im Alter von 86 Jahren gestorben. „Mein Vater war ein bedeutender Zeitzeuge der Vertreibung und Ermordung der Juden im Burgenland. Er war international für seine Zusammenarbeit mit dem schwedischen Diplomaten Raoul Wallenberg in Budapest bekannt. Als Kinder wurde uns das daher bewusst, dass beinahe wöchentlich Historiker bei uns zu Gast waren, die mit ihm über den Holocaust und Wallenberg gesprochen haben“, sagte Joseph Moser, Sohn von Jonny Moser. Die wichtige Initiative zur Benennung ging von der SPÖ-Bezirksrätin Gin. Helga Foitik aus. Danke Helga, dass Jonny Moser unvergessen bleibt!



V.l.n.r.: Gerhard Baumgartner (wissenschaftlicher Leiter des DÖW), Bezirksrätin Helga Foitik (SPÖ), Bezirksvorsteher Markus Figl (ÖVP) sowie die beiden Söhne Mosers, Joseph und James (Jimmy) Moser

CREDIT: Claudia Kuretsidis-Haider

Datenschutzinformation

Mit dieser Information klären wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen, Löwelstraße 18, 1010 Wien, Tel. +43/1/53427/277, verantwortlich: Der/die Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden (gilt für die jeweiligen Ebenen Bundesorganisation, Landesverbände, Bezirksgruppen).

Für Fragen zur Verarbeitung Ihrer Daten kontaktieren Sie uns bitte per E-Mail an kaempfer@spoe.at mit dem Betreff „Datenschutz“ oder per Telefon oder Post unter der o. a. Adresse.

Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen ist die Organisation der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und der Opfer der faschistischen Regime aus der Zeit 1934 bis 1945 und deren Nachkommen sowie der aktiven AntifaschistInnen der Gegenwart. Er ist als Opferverband Interessensvertretung der Opfer des Faschismus und deren Nachkommen. Er bezweckt im Sinne der programmatischen Grundsätze der Österreichischen Sozialdemokratie die Umsetzung einer umfassenden Aufklärungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über die faschistischen Diktaturen und die Bekämpfung der politischen

Gefahren, die von Erscheinungen wie Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ausgehen.

Der beabsichtigte Vereinszweck soll erreicht werden durch Veranstaltungen (auch in Kooperation mit Organisationen, die die gleichen Zielsetzungen verfolgen) und die Herausgabe der Zeitschrift „Der Sozialdemokratische Kämpfer“, deren Herausgeber und Medieninhaber wir sind. Diese Zeitschrift erscheint viermal im Jahr. Deshalb haben wir ein berechtigtes Interesse (Art. 6 Abs 1 lit f DSGVO), die uns von Ihnen bekannt gegebenen personenbezogenen Daten zu Zwecken des postalischen Versands von Veranstaltungseinladungen und von dieser Zeitschrift zu verarbeiten. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nur in jenem Umfang, der für den Druck und die Distribution der Einladungen und der Zeitschrift erforderlich ist.

Von unseren Mitgliedern erheben und speichern wir darüber hinaus Geburtsdatum und Beitrittsdatum, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Sollten Sie uns Ihre Daten in einem anderen Zusammenhang überlassen haben, können wir sie verwenden, um Sie über Aktivitäten unseres Bundes zu informieren. Zugriff hat folgender eingeschränkter Personenkreis: Vorsitzende/r, FinanzreferentIn, deren StellvertreterInnen sowie Sekretariat.

Speicherdauer Ihrer Daten:

Wir speichern Ihre Daten solange Sie uns nicht mitteilen, dass Sie den Erhalt von Einladungen

und der Zeitschrift nicht mehr wünschen bzw. bis zum Ende der Mitgliedschaft. Nach Beendigung der Mitgliedschaft werden alle Daten nach Ablauf eines Jahres nach Austritt gelöscht.

Ihre Rechte:

Sie können Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Falls wir Daten zu Ihrer Person verarbeiten, die unrichtig oder unvollständig sind, können Sie deren Berichtigung oder Vervollständigung verlangen. Sie können auch die Löschung unrechtmäßig verarbeiteter Daten verlangen. Ist unklar, ob die zu Ihrer Person verarbeiteten Daten unrichtig oder unvollständig sind, können Sie ab dem 25. Mai 2018 die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten bis zur abschließenden Klärung verlangen. Selbst wenn Ihre Daten richtig und vollständig sind und von uns rechtmäßig verarbeitet werden, können Sie der Verarbeitung jederzeit widersprechen. Diesfalls bitten wir Sie, uns, wie oben angeführt, zu kontaktieren und mitzuteilen, dass Sie in Zukunft keine Einladungen bzw. die Zeitschrift nicht mehr erhalten möchten. Ihre Daten werden dann unverzüglich gelöscht.

Wir bemühen uns nach Kräften, die Bestimmungen des Datenschutzes einzuhalten. Dennoch kann es zu unterschiedlichen Ansichten zur Datenverarbeitung kommen. Sollten Sie der Meinung sein, dass Ihre Daten von uns in unzulässiger Weise verarbeitet werden, so haben Sie die Möglichkeit, sich bei der Österreichischen Datenschutzbehörde, deren Webauftritt Sie unter dsb.gv.at erreichen, zu informieren.

„Liebe ist stärker“

Kranzniederlegung im Pride Village

Der Juni stand wie jedes Jahr unter dem Zeichen der Regenbogenparade: Am 16. Juni zogen 200.000 Menschen durch die Wiener Innenstadt und demonstrierten für Vielfalt, gleiche Rechte, Akzeptanz und Solidarität für homosexuelle, bisexuelle, transgender und intergeschlechtliche Personen. In den Tagen vor der Regenbogenparade fand traditionell am Rathausplatz das Pride-Village statt, das Vereinen und Organisationen aus der Community und der Stadt Wien ermöglichte, sich zu präsentieren. Auch die sozialdemokratische Organisation SoHo war mit dem Motto „Bunt statt Schwarz-Blau“ stark vertreten und konnte viele Interessierte erreichen.

Der Einsatz für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung und Unterdrückung bedeutet auch, sich an Vergangenes zu erinnern. In einem gemeinsamen Gedenkakt legten der Wiener Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, der Vorsitzende der SoHo Wien Bakri Hallak und LAbg. Marina Hanke als Vertreterin unseres Bundes einen Kranz beim Gedenktransparent der HOSI (Homosexuelleninitiative) im Pride Village nieder. Ein langjähriges Anliegen ist die Errichtung eines permanenten Denkmals in Gedenken an die als Homosexuelle Verfolgten Opfer des NS-Regimes in Wien, diesbezügliche Planungen sind bereits fortgeschritten.



Marina Hanke, Bakri Hallak und Michael Ludwig bei der Kranzniederlegung

CREDIT: Jobst

Text des Gedenktransparentes: „LIEBE IST STÄRKER. In Gedenken an die Opfer von HIV/Aids, der Verbrechen des NS-Regimes und Gewalt und Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.“ **Mehr Informationen zu SoHo: <http://www.soho.or.at/>** ■

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Waltraud Barton, Werner Anzenberger, Marina Hanke, Kurt Heinrich, Ali Kohlbacher, Hartmut Krones, Stefan Loew, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Susanna Steiger-Moser, Heinz Weiss

Grafische Gestaltung: Helmuth Hockauf / Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. Juli 2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 7. September 2018

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M